

Aus: [Ausgabe vom 23.08.2018](#), Seite 1 / Titel

Kindheit in der Krise

Neue Schätzung: Jedes dritte Kind lebt in Deutschland unter der Armutsgrenze.

Bundesregierung schweigt dazu

Von Susan Bonath

Geht es nach der Regierung, kommt der Nachwuchs nicht groß raus

Foto: Julian Stratenschulte/dpa



Kapitalismus produziert Armut. In der Exportweltmeister-nation Deutschland kehrt die Politik das am liebsten unter den Teppich. Entgegen bisheriger Annahmen leidet hierzulande offenbar jedes dritte Kind unter materiellem Mangel. Das haben am Mittwoch veröffentlichte Berechnungen des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) ergeben. Danach sind rund 4,4 Millionen Kinder von Armut betroffen, 1,4 Millionen mehr, als in bisherigen Studien aufgeführt. Das sei »ein Armutszeugnis für ein reiches Land«, kritisierte der Verband. Die Bundesregierung müsse endlich mit »konkreten Maßnahmen und Reformen« dagegen ansteuern.

Bisherige Studien erfassten nur Kinder, für die der Staat existenzsichernde Sozialleistungen zahlt, wie Hartz IV, Kinderzuschlag oder Wohngeld. Das waren zuletzt etwa drei Millionen unter 18jährige. »Zählt man aber auch Familien dazu, die Anspruch darauf haben, dies aber nicht nutzen, ist die Zahl armer Kinder deutlich höher«, so der DKSB. Grund sei, dass viele Betroffene ihnen zustehende Leistungen aus Scham oder Unkenntnis nicht beantragten. Der Verband verwies dazu auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion vom Juni dieses Jahres. Demnach beziehen etwa die Hälfte aller eigentlich anspruchsberechtigten Familien kein aufstockendes Hartz IV. Allein davon seien rund 850.000 Kinder betroffen. Der Rest verzichte auf Kinderzuschlag, Sozialhilfe oder Wohngeld.

»Oft liegt es daran, dass die Eltern mit den bürokratischen Abläufen überfordert sind oder sich schlichtweg dafür schämen«, erläuterte DKSB-Präsident Heinz Hilgers. Diese Kinder fielen durch »das Raster des Sozialstaats« und ihre Zahl sei der Bundesregierung auch bekannt. Offenbar, so Hilgers, »will sie diese aber nicht klar nennen«.

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsfractionen CDU, CSU und SPD eine leichte Erhöhung des Kinderzuschlags für geringverdienende Eltern vereinbart. Man müsse aber auch dafür sorgen, dass jedes bedürftige Kind das Geld erhält, forderte der Kinderschutzbund. Betroffenen Eltern sei zudem Zugang zu kostenlosem Schulmaterial zu gewähren. Perspektivisch müsse allerdings eine ausreichende Kindergrundsicherung her, so der Verband. Diese Forderung hatte er gemeinsam mit 13 weiteren Sozialverbänden schon häufiger gestellt. Doch in der Politik gibt es dafür keine Mehrheiten.

Dass Kinder in Deutschland nicht selten arm machen, ist kein Geheimnis. Seit Jahren steigt besonders für Alleinerziehende in Deutschland die Gefahr, in Geldnot zu geraten. Vor einem Jahr lebten laut Zahlen der Bundesregierung 44 Prozent der Einelternfamilien unter der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Die meisten davon (85 Prozent) mussten mit Hartz IV aufstocken. Ihnen hatte die Regierung Abhilfe versprochen. Seit Sommer 2017 gibt es unbeschränkt Unterhaltsvorschuss für Kinder bis zum 18. Geburtstag, deren getrennt lebender Elternteil keine Alimente zahlt. Zuvor beschränkte sich dieser Anspruch auf sechs Jahre bis zum Ende des elften Lebensjahres.

Am Mittwoch lobte Familienministerin Franziska Giffey (SPD) die Reform. Fast 700.000 Minderjährigen zahle der Staat Unterhaltsvorschuss. Dies verbessere die Lebensverhältnisse vieler Alleinerziehender, lobte sie. Doch es gibt eine Krux: Für alle, die auf Hartz IV angewiesen sind, bringt die Reform gar nichts. Die Einnahme wird, wie das Kindergeld, vollständig vom Familienbudget abgezogen. Die Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag, Katrin Werner, kritisierte: »Familien, die das Geld am dringendsten benötigen, gehen weiter leer aus.«